

Die Fragen stellte Dr. Steffen Alisch, 50, Zeithistoriker an der FU Berlin

Dr. Steffen Alisch:

Frau Bundeskanzlerin, am vergangenen Montag vor 75 Jahren begann der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Überfall auf Polen. Am nächsten Mittwoch erinnert der Deutsche Bundestag in einer Gedenkstunde daran, an der Sie als Abgeordnete teilnehmen. Was bewegt Sie, wenn Sie an diese Zeit denken?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ich habe diese Zeit glücklicherweise – muss man heute sagen – nicht miterleben müssen. Aber meine Eltern und unsere Großeltern haben uns ja davon berichtet. Deutschland hat durch den Nationalsozialismus größte Schrecknisse über die Welt gebracht, und Millionen Menschen sind umgekommen; insbesondere wenn wir an die Konzentrationslager denken und die Vernichtung der Juden. Und daraus erwächst natürlich eine immerwährende Verantwortung, die wir als Deutsche gegenüber unserer Geschichte wahrzunehmen haben. Und deshalb ist es auch sehr bewegend, wenn zu der Gedenkstunde der polnische Präsident bei uns im Deutschen Bundestag sprechen wird; wenn man einmal daran denkt, dass am 1. September 1939 Deutschland Polen überfallen hat.

Es gibt naturgemäß immer weniger Menschen, die den Zweiten Weltkrieg und die nationalsozialistische Diktatur noch bewusst erlebt haben. Wie kann man die Erinnerung trotzdem lebendig halten?

Das ist eine der großen Aufgaben. Wir alle sind noch mit Zeitzeugen aufgewachsen, die uns berichten konnten. Und wir haben auch nach dem Zweiten Weltkrieg sehr viel Versöhnung erfahren. Sicherlich gehört die Tatsache, dass wir heute mit Israel so gute Beziehungen haben, auch dazu. Und deshalb bekommen die Gedenkstätten natürlich eine immer wichtigere Aufgabe. Ich glaube, wir haben sehr eindrucksvolle Gedenkstätten; wenn ich an die „Topographie des Terrors“ hier in Berlin erinnere, an das Mahnmal für die ermordeten Juden, aber auch für die Sinti und Roma. Und insofern ist es heute möglich, sich zu informieren. Was aber wichtig ist, ist, dass auch der Staat darauf achtet, dass nicht nur einige, die sich interessieren, informiert sind, sondern dass es Teil unseres Geschichtsunterrichts ist und dass zum Beispiel von den Schulen auch Gedenkstätten besucht werden.

Welche Verantwortung haben wir „Nachgeborenen“ heute noch für die schrecklichen Verbrechen, die von Deutschen begangen wurden? Was ist notwendig, um ähnlich katastrophale Entwicklungen in Zukunft zu verhindern?

Die Verantwortung bleibt. Es ist eine immerwährende Verantwortung. Es gibt nicht die persönliche Schuld, aber es gibt die Gesamtverantwortung für die deutsche Geschichte. Und sie ist uns auch Mahnung, uns überall auf der Welt für Toleranz, für friedliches Miteinander-Leben, für Demokratie einzusetzen und allen Tendenzen von Antisemitismus, von Hass gegen Ausländer entschieden entgegenzutreten – auch Hass gegen

Minderheiten. Und da haben wir natürlich heute immer noch sehr viel zu tun. Wenn wir allein an unser Land denken: Dass es keine einzige jüdische Einrichtung gibt, die nicht durch Polizei bewacht werden muss, dann ist das ein Punkt, der mich doch sehr besorgt stimmt. Und deshalb müssen wir immer wieder gegen alle Bestrebungen von Intoleranz vorgehen.

Bei Umfragen stößt man immer wieder auf die Tatsache, dass zentrale Ereignisse der jüngeren Vergangenheit, wie zum Beispiel der Zweite Weltkrieg und auch die NS-Diktatur, von Ost- und Westdeutschen sehr unterschiedlich bewertet werden. Was glauben Sie, woran liegt das, und wie kann man damit umgehen heute?

Ich glaube, dass die junge Generation ja hier auch eine gemeinsame Bildung hat. Das heißt, die, die heute 25 sind, haben diese unterschiedliche Bewertung nicht mehr. Aber es gibt eben doch immer noch Nachwirkungen einer sehr selektiven Geschichtsbildung in der ehemaligen DDR. Wenn man daran denkt: Ich persönlich habe in meiner Schulzeit natürlich sehr viele Konzentrationslager besucht, aber dort wurde von ermordeten Kommunisten gesprochen, aber nicht von den Millionen ermordeten Juden. Das muss nachgeholt werden. Und deshalb ist es wichtig, dass nicht nur junge Menschen Bildung erfahren, sondern dass es auch sehr breit möglich ist, umfassende Geschichtsbildung – gerade über diese schreckliche Zeit deutscher Geschichte – zu erleben.

Der Mord an etwa sechs Millionen Juden, die Shoa, war das größte Verbrechen der Nationalsozialisten. Ich bin selbst mit einer Jüdin verheiratet. Und viele Juden, auch in unserem familiären Umfeld, sprechen von einem erschreckenden Anwachsen antisemitischer Aktivitäten, mit denen sie selbst in jüngster Zeit konfrontiert wurden, ganz persönlich. Was will die Bundesregierung tun, um diesen Menschen die Angst um sich selbst und ihrer Kinder zu nehmen?

Ich sage erst einmal als Bundeskanzlerin, dass uns jüdisches Leben in Deutschland wirklich willkommen ist. Wir sind stolz darauf und freuen uns, dass das möglich ist und in den letzten Jahren ja auch angewachsen ist. Ich werde persönlich alles tun – und die ganze Bundesregierung und jeder verantwortliche Politiker –, dass der Antisemitismus in unserem Land keine Chance hat. Es wird am 14. September eine Kundgebung gegen Antisemitismus geben, zu der hoffentlich auch möglichst viele Leute kommen und zeigen: Das ist unsere gemeinsame Auffassung, dass jeder, der hier lebt, geschützt ist. Und der Staat in Deutschland wird alles tun, damit das auch so ist. Ich verstehe die Ängste dennoch, und wir müssen uns damit auseinandersetzen. Wir müssen auch zuhören, und wir dürfen das nicht wegdrängen, sondern müssen jedem Hinweis auf Antisemitismus entschieden nachgehen.